

#40

Report aus Berlin



**Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,**

einige intensive Plenarwoche mit zahlreichen wichtigen Themen für die Bewahrung von Frieden, Freiheit und Wohlstand liegt hinter uns. Sehr gern greife ich in dieser Ausgabe des Reports einige zentrale Punkte dieser Woche auf.

[Die Zeitenwende in der Sicherheitspolitik](#)

Vor zwei Jahren, am 24. Februar 2022, brachte Russland mit seinem brutalen Angriff auf die Ukraine die Katastrophe des Krieges zurück nach Europa. Die vom Bundeskanzler ausgerufene „Zeitenwende“ ist über das Stadium einer Ankündigung nie hinausgekommen. Die Zeit drängt. Deutschland muss verlässlich seinen sicherheitspolitischen Beitrag im europäischen und transatlantischen Bündnis leisten. Deutschland braucht entschlossenes Handeln und eine echte **Zeitenwende in der Außen- und Sicherheitspolitik**. Das wurde von der Union in der Plenardebatte sehr deutlich herausgearbeitet, etwa im **Redebeitrag vom Partei- und Fraktionsvorsitzenden Friedrich Merz**.

[Wachstumschancen unserer Wirtschaft spürbar verbessern](#)

Während die Weltwirtschaft wächst, schrumpft die deutsche Wirtschaft und bildet das Schlusslicht in Europa. Im Jahr 2023 lag das Wachstum bei -0,3 Prozent, das produzierende Gewerbe schrumpfte sogar um 1,5 Prozent. Zahlreiche Unternehmen verlagern Teile oder gar die gesamte Produktion in das Ausland. Diese Entwicklung muss nicht nur gestoppt, sie muss umgekehrt werden. **Deutschland braucht jetzt eine Wirtschaftswende**. Dafür haben CDU und CSU ein **12-Punkte-Sofortprogramm** erarbeitet. Darauf beruht unser **Antrag „Wirtschaftswende jetzt - Sofortprogramm für die deutsche Wirtschaft“**, der am Mittwoch im Bundestagsplenum debattiert wurde.

Carsten Müller

Mitglied des Deutschen Bundestages

Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Rechtsausschuss

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

T: 030 227 73298 • carsten.mueller@bundestag.de



Cannabisgesetz zum kontrollierten Umgang mit Cannabis

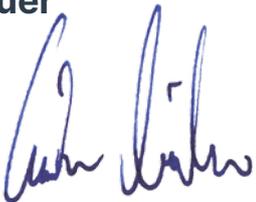
Die Ampelkoalition hat mit ihrer Mehrheit gegen die Stimmen der Unionsfraktion das Cannabisgesetz beschlossen, wonach Besitz und Konsum unter bestimmten Bedingungen straffrei bleiben. Dieses Gesetz ist nicht nur gesundheitspolitisch fatal und im höchsten Maße verantwortungslos, sondern es ist auch handwerklich schlecht gemacht und ein Bürokratiemonster. **Die Ablehnungsgründe waren und sind vielfältig:** erheblichen Gesundheitsrisiken – insbesondere für Jugendliche und junge Erwachsene, ein sich verlagernder Schwarzmarkt, nicht kontrollierbare Regelungen, Überlastung der Strafverfolgungsbehörden oder offene Fragen über Folgewirkungen im Straßenverkehr oder am Arbeitsplatz. Diese Einschätzung teilt der überragende Teil der Fachwelt. Viele haben sich mit **Appellen an die Abgeordneten** gewendet. In der Debatte haben wir klar gemacht: Keine Klientelpolitik für Wenige zu Lasten unserer Kinder. Dieses Gesetz ist verantwortungslos und gefährdet die Gesundheit!

Nordisches Modell - Freierstrafbarkeit einführen

Schätzungsweise 250.000 Prostituierte gibt es in Deutschland und ihre Lage ist größtenteils elend. Zwang, Gewalt und Ausbeutung prägen die Szene. Bislang laufen fast alle Vorschriften zum Schutz der Frauen ins Leere. CDU und CSU wählen deshalb eine komplett andere Herangehensweise und haben den **Antrag "Menschenunwürdige Zustände in der Prostitution beenden – Sexkauf bestrafen"** eingebracht. Die Bundesregierung wird aufgefordert, gesetzliche Grundlagen zu schaffen, die die Bestrafung von Freiern und Zuhältern sowie das Verbot von Bordellen, Laufhäusern, Verrichtungsboxen usw. vorsehen. Prostituierte selbst sollen jedoch Schutz erhalten und straffrei bleiben. Neben dem Sexkaufverbot sollen auch die Aufklärung verstärkt und spezialisierte Polizeieinheiten gebildet werden. Der Antrag basiert auf dem **Positionspapier der Unionsfraktion** mit Hintergründen und weiterführenden Informationen.

Für Nachfragen oder Anregungen bin ich jederzeit erreichbar.

Euer



Carsten Müller

Mitglied des Deutschen Bundestages

Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Rechtsausschuss

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

T: 030 227 73298 • carsten.mueller@bundestag.de